



FORDERUNGSKATALOG

DER LANDESKONFERENZ DER STUDIERENDENSCHAFTEN

MECKLENBURG-VORPOMMERN





MITGLIEDER



Studierendenschaft
Universität Rostock



Studierendenschaft
HMT Rostock



Studierendenschaft
EMA-Universität Greifswald



Studierendenschaft
Hochschule Wismar



Studierendenschaft
Hochschule Stralsund



Studierendenschaft
Hochschule Neubrandenburg

IMPRESSUM

Landeskonferenz der Studierendenschaften
c/o AstA Universität Greifswald
Domstraße 12 • 17487 Greifswald
Telefon: 03834 - 861750 • Fax: 03834 861752
E-Mail: sprecher@lks-mv.de • www.lks-mv.de

Gemeinsamer Forderungskatalog

der Studierenden Mecklenburg-Vorpommerns

| | |
|--|----|
| ▶▶▶ Präambel | 4 |
| ▶▶▶ Finanzausstattung der Hochschulen | 6 |
| ▶▶▶ Demokratische Hochschulen | 7 |
| ▶▶▶ Stärkung der Studentenwerke | 8 |
| ▶▶▶ Studentinnen und Studenten entlasten | 9 |
| ▶▶▶ Studentische Kultur erhalten | 10 |
| ▶▶▶ Lehrer_innenbildung | 11 |

▶▶▶ PRÄAMBEL

Die Studierendenvertreter_innen der Hochschulen und Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sehen im Beginn der neuen Legislaturperiode die Chance für einen Neustart im Verhältnis zwischen Studierendenvertretungen und Landesregierung. Wir erhoffen uns in der Zukunft eine gute Zusammenarbeit und wollen dieses Papier nutzen, um auf unsere Probleme, Wünsche und Forderungen für die Zukunft aufmerksam zu machen. Wir bieten allen demokratischen Fraktionen des Landtages eine Zusammenarbeit an, um die Bildungspolitik des Landes gemeinsam zu verbessern.

Wir begrüßen zunächst die aktuellen Pläne der neuen Regierung unter anderem mehr für die frühkindliche Bildung zu tun, weisen aber gleichermaßen darauf hin, dass frühkindliche Bildung nicht auf Kosten von Schulen, Hochschulen und Universitäten gefördert werden soll. Wir fordern ein Bildungsland Mecklenburg-Vorpommern und eine Stärkung aller Bildungsbereiche, da Bildung neben der Natur das wichtigste Gut unseres Landes darstellt.

Wir geben zu bedenken, dass es bei uns an den Hochschulen und Universitäten immer noch massive Prob-

leme gibt. Trotz steigender Studierendenzahlen wird der Personalabbau weiter vorangetrieben. Dies spüren wir täglich: Überfüllte Hörsäle und eine überlastete Verwaltung, der dennoch mehr und mehr Aufgaben zugewiesen werden. Auch bei den Studentenwerken und in der Lehrer_innenbildung sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Außerdem fordern wir mehr Demokratie und Transparenz an den Universitäten und Hochschulen im Land.

Ein Teil unserer Forderungen ist schon durch einen besseren Dialog zwischen Studierendenschaften und Bildungsministerium umsetzbar. Ein anderer Teil wird nur durch eine Novellierung des Landeshochschulgesetzes durchsetzbar sein. Ein dritter Teil, der grundlegende finanzielle Fragen betrifft, muss im Doppelhaushalt 2012/2013 wiederzufinden sein.

Zur Umsetzung unseres Forderungskataloges setzen wir folgende grundlegende Punkte voraus:

- ▶ Den regelmäßigen Austausch des Bildungsministers und seinem Ministerium mit den Vertreter_innen der Landeskonzferenz der Studierendenschaften
- ▶ Die schnellstmögliche Novellierung des Landeshochschulgesetzes
- ▶ Eine Anhörung der Hochschulen und Studierendenvertreter_innen im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2012/2013

▶▶▶ **Finanzausstattung der Hochschulen verbessern**

Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern tragen eine hohe Verantwortung für die geistige und wirtschaftliche Entwicklung im Land. Mit ihrer Anziehungskraft können sie helfen, junge Menschen vor Ort zu halten oder ins Bundesland zu bringen. Ein Ausdruck dieser Anziehungskraft ist der vom Bildungsministerium gefeierte Anstieg der Studierendenzahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Trotz dieses Anstieges stagniert die finanzielle Ausstattung der Hochschulen und es wird weiter Personal abgebaut.

Wir fordern daher:

- ▶ Die Initiierung der Aufhebung des Kooperationsverbotes
- ▶ Die Überarbeitung des Landespersonalkonzeptes sowie die Neuberechnung der Zahlen an Dozierendenstellen der kommenden Hochschulzielvereinbarungen für den Bereich Hochschulen, welche die realen Studierendenzahlen berücksichtigt
- ▶ Schnellstmögliche Expertenanhörungen zur Neukonzeptionierung der so genannten Wohnsitzprämie und ihre Entbürokratisierung, um die versprochenen Mittel für die Hochschulen bereitzustellen
- ▶ Die bessere Finanzierung der Hochschulen und eine Ausweitung der Flächen für die Bibliotheken
- ▶ Die Übergabe der Bauaufsicht an die Hochschulen, damit Sanierungen und Renovierungen ohne Zeitverzögerung durchgeführt werden können
- ▶ Keine weiteren Instituts- und/oder Fakultätsschließungen

▶▶▶ Demokratische Hochschulen

Wir erwarten nicht nur von Parlament und Landesregierung sich mehr für die Hochschulen im Land einzusetzen, sondern fordern selbst mehr Möglichkeiten zur demokratischen Gestaltung ein. Dafür benötigen wir eine Stärkung der Gremien und mehr Transparenz aller hochschulinternen Gremien.

Wir fordern daher:

- ▶ Die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulmitglieder und folglich eine Drittelparität in allen Gremien
- ▶ Die Verbindlichkeit von Vollversammlungsbeschlüssen für die Organe der verfassten Studierendenschaften
- ▶ Öffentliche Sitzungen aller hochschulpolitischen Gremien
- ▶ Direkte Transparenz bei Drittmittelverträgen und eine weitestgehend mögliche Veröffentlichung aller Verträge
- ▶ Einen Globalhaushalt, der die finanzielle Selbstbestimmung der Hochschulen gewährleistet
- ▶ Die Einführung einer gesetzlichen Geschlechterquote im Bereich des Lehrpersonals und der Mitarbeiter_innen an Hochschulen unter Berücksichtigung der fachlichen Qualifikation
- ▶ Die gleiche Vergütung für gleiche Arbeit und keine prekären Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen
- ▶ Die Stärkung des Senats als demokratisches Organ in den Hochschulen
- ▶ Die verpflichtende Einführung einer studentischen Prorektorin/ eines studentischen Prorektors, welche_r durch ein Organ der verfassten Studierendenschaft vorgeschlagen wird
- ▶ Die Bauherrenreignenschaft für Hochschulen und Studentenwerke
- ▶ Die Einführung einer Zivilklausel für alle Hochschulen

▶▶▶ **Stärkung der Studentenwerke**

Das Studentenwerk ist für jede_n Studierende_n von zentraler Bedeutung. Ohne das preiswerte Mensaessen, Wohnheime und die zahlreichen Beratungsmöglichkeiten wäre ein Studium nicht realisierbar. Aufgrund dieser zentralen Rolle müssen die Studentenwerke ausfinanziert werden.

Wir fordern daher:

- ▶ Die Erhöhung der Landeszuschüsse an die Studentenwerke, die den realen Studierendenzahlen gerecht werden
- ▶ Die Novellierung des Studentenwerksgesetzes im Sinne der Förderung der Unabhängigkeit der Studentenwerke, der rechtlichen Stärkung des Verwaltungsrates und der demokratischen Teilhabe der Studierenden
- ▶ Den Bau neuer Gebäude, da Mensen und Wirtschaftsgebäude zum Teil seit langem an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt sind
- ▶ Sanierung und Renovierung der veralteten Studentenwohnheime und ihrer Anlagen durch das Land

▶▶▶ Studentinnen und Studenten entlasten

Die stetig steigenden Lebenshaltungskosten werden zunehmend zu einer starken Belastung im Studium. Das BAföG wurde seit Jahren nicht der Realität angepasst und so bekommen viele Studierende kein Geld, die dies dringend nötig hätten, andere schlicht zu wenig. Daher fordern wir die neue Landesregierung auf, sich langfristig für eine Reform des BAföGs im Bund einzusetzen. Dies bedeutet aber nicht, dass sich die Landesregierung ihrer Verantwortung entziehen kann, sondern ihre Möglichkeiten auf Landesebene wahrnehmen muss, um Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit für Studierende zu sichern.

Wir fordern daher:

- ▶ Den verstärkten Einsatz für eine schon lange notwendige, bedarfsgerechte Anhebung des BAföG und der Einsatz für ein alters-, herkunfts- und elternunabhängiges BAföG
- ▶ Eine Initiative der Landesregierung für die Abschaffung der Altersgrenze bei der „Krankenversicherung der Studenten“ (KVdS)
- ▶ Die Erhöhung der Zuschüsse für die Studentenwerke
- ▶ Die Abschaffung der Möglichkeit zur Erhebung von Verwaltungsgebühren als versteckte Studiengebühr
- ▶ Den freien Zugang zum Master
- ▶ Das klare, gesetzliche Verbot von Anwesenheitskontrollen
- ▶ Die Realisierung des Teilzeitstudiums
- ▶ Die adäquate Unterstützung von Studierenden mit Kind
- ▶ Die strikte Umsetzung der Barrierefreiheit an allen Einrichtungen der Hochschulen für jede Form von körperlicher Beeinträchtigung
- ▶ Den konsequenten Einsatz des Bildungsministeriums, damit die im LHG beschlossenen Entlastungen in der Realität auch durchgesetzt werden
- ▶ Schaffung einer persönlichkeits- und datenschutzrechtlich konformen rechtlichen Regelung für die Glaubhaftmachung von Prüfungsversäumnissen

▶▶▶ Studentische Kultur erhalten

Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Studierenden in Vereinen, Hochschulgruppen und Initiativen leistet einen wichtigen Beitrag für das kulturelle und geistige Leben an den fünf Hochschulstandorten. Es hilft den Studierenden als Bürger_innen in Mecklenburg-Vorpommern Fuß zu fassen und sie auch nach ihrem Abschluss im Land zu halten. Vor diesem Hintergrund sind die zunehmenden Versuche der Hochschulen des Landes, sich ihrer Verantwortung für die studentische Kultur zu entziehen, mit großer Sorge zu betrachten. Wir befürchten ein Absterben der studentischen Kultur und damit das Absterben eines Teils der Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir fordern daher:

- ▶ Die Einführung von konkreten Regelungen für die kostenlose Unterbringung studentischer Vereine und Gruppen an den Hochschulstandorten
- ▶ Einen runden Tisch unter Beteiligung des Bildungsministeriums, der Hochschulen, der Studentenwerke und der Studierendenschaften zur weiteren Entwicklung der studentischen Kultur
- ▶ Die gesetzlich festgeschriebene kostenlose Überlassung von bedarfsgerechten Räumlichkeiten für die im Landeshochschulgesetz genannten Organe der verfassten Studierendenschaft an allen Standorten
- ▶ Die stärkere Würdigung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements durch das Bildungsministerium und durch die Hochschulen

▶▶▶ Lehrer_innenbildung

Mit dem Lehrerbildungsgesetz ist der erste Schritt für eine einheitliche und moderne Ausbildung der Lehrer_innen im Land gefasst worden. Das Ministerium hat sich, wie die Hochschulen und Studierenden selbst auch für eine Stärkung der praktischen Anteile ausgesprochen. Das Gesetz wird in der derzeitigen Art und Weise den hohen Anforderungen der Ausbildung nicht gerecht.

Wir fordern daher:

- ▶ Die Ausbildung und Lehre der Lehramtsstudierenden studierbar zu strukturieren und zu reformieren, um praktische Elemente stärker mit einzubeziehen
- ▶ Herstellung von geeigneten Mitteln zur attraktiveren Gestaltung des Lehrerberufs
- ▶ Einbeziehung der Studierenden bei der Erstellung von Rechtsgrundlagen zur Lehrer_innenaus- und -weiterbildung



LANDESKONFERENZ DER STUDIERENDENSCHAFTEN
MECKLENBURG-VORPOMMERN